



Heimtückischer Mord in Heilbronn

Trauer, Bestürzung, Hilflosigkeit, ohnmächtige Wut und vor allem die Frage nach dem Warum?

Von Josef Schneider, Landesvorsitzender

Die am 25. April 2007 heimtückisch ermordete Kollegin ist gerade unter großer Anteilnahme in ihrer Heimat beigesetzt worden. Der schwer verletzte Kollege kämpft immer noch um sein Leben. Alle in der Polizei sind ziemlich geschockt, vor allem auch deshalb, weil wir nicht wissen, was am 25. April 2007 am helllichten Tag in Heilbronn wirklich passiert ist.

Ich will mich an den vielen Spekulationen nicht beteiligen. Ich will auch keine Forderungen erheben. Erst müssen wir das Tatgeschehen kennen und analysieren. Danach gilt es, in Ruhe über erforderliche Konsequenzen nachzudenken.

Allerdings ist festzustellen, dass diese Tat möglicherweise die Arbeitswelt für die Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg und in der ganzen Bundesrepublik Deutschland verändert hat. Diese Hinterhältigkeit und Brutalität haben wir vorher so nicht erlebt. Deshalb haben auch alle Kolleginnen und Kollegen in unserem Land sicher die gleichen Wünsche.

Wir hoffen, dass der schwer verletzte Kollege den Kampf

um sein Leben gewinnen wird. Wir hoffen, dass es unseren Kolleginnen und Kollegen der Sonderkommission in Heilbronn möglichst bald gelingen wird, die Tat vollständig aufzuklären und die Täter festzunehmen.

Gerade auch deshalb haben wir – in der Kooperation der baden-württembergischen Polizeigewerkschaften und mit der Unterstützung des GdP-Bundesvorstands – mit der Auslobung einer Prämie für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen, ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir registrieren aufmerksam und mit Dankbarkeit, dass es Bürger und Unternehmen gibt, die diese Prämie inzwischen auf 100.000 Euro aufgestockt haben. Ganze 4000 Euro davon kommen aus der Staatskasse.



Josef Schneider

An dieser Stelle setzt meine Kritik an. Können wir als Träger des staatlichen Gewaltmonopols, als Garanten der Inneren Sicherheit in einem solchen Fall eigentlich nicht mehr von unserem Dienstherrn erwarten? Insbesondere nach-

dem unser Ministerpräsident relativ schnell nach der Tat von einem „Racheakt gegen die Landespolizei“ gesprochen hat. Ich bin sicher, dass viele Kolleginnen und Kollegen im Land an dieser Stelle auf ein deutliches Signal unserer Landesregierung (leider vergeblich) gewartet haben.

Wir sind schon heute gespannt, wie das Land seine Fürsorgeverpflichtung gegenüber den Betroffenen erfüllen wird? Den Worten in den Trauerreden und Beileidsbekundungen müssen jetzt Taten folgen.

Taten erwarten wir auch aus der Erkenntnis unseres Innenministers, der in seiner Trauerrede in Böblingen unter anderem gesagt hat: „Zu dieser Erkenntnis gehört auch, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte in den vergangenen Jahren in einem erschreckenden Maß zugenommen hat. Und uns wird bewusst, welche Anforderungen dieser Beruf an unsere Polizeibeamtinnen und -beamten stellt. Sie sind bereit, sich mit ihrer ganzen Kraft für unsere Sicherheit und unser Recht einzusetzen.“

josch

Die Kreisgruppe PP Stuttgart führt ihre JHV 2007 am Dienstag, dem 12. Juni 2007, 13.30 Uhr, im Restaurant „Blick Solitude“, Solitudenstr. 121, 70499 Stuttgart-Wolfsbusch, durch. Die Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen.
W.B.

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im

Juli 2007

ist Montag, der **7. Juni 2007** und für die

August-Ausgabe 2007

Freitag, der **8. Juli 2007**.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6381

Einladung zur

25. Tagung für Verbrechensbekämpfung Internetkriminalität – eine Herausforderung für die Polizei

In Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Baden-Württemberg führt die Gewerkschaft der Polizei die 25. Tagung für Verbrechensbekämpfung am Mittwoch, dem 20. Juni 2007, in der Stadthalle in Sindelfingen durch.

PROGRAMMABLAUF

- 9.30 Uhr** Eröffnung und Begrüßung, Einführung in die Tagungsproblematik
Josef Schneider, Landesvorsitzender GdP-BW
- Grußworte*
- Referate:**
- 10.00–10.50 Uhr** Internetkriminalität – eine Herausforderung für die Polizei
Heribert Rech MdL, Innenminister, Baden-Württemberg
- 10.50–11.40 Uhr** Technischer Fortschritt und Privatsphäre ein Widerspruch?
Prof. Dr. Günter Müller, Institut für Informatik und Gesellschaft
Freiburg
- 11.40–12.30 Uhr** Sicherheitspolitik im Zeitalter des Internets –
eine Herausforderung für den Datenschutz
Peter Zimmermann, Landesbeauftragter für den Datenschutz
- 12.30–14.00 Uhr** Mittagspause
- 14.00–16.00 Uhr** Podiumsdiskussion
- Moderation:** **Hans Koberstein**, Redaktion Frontal 21 ZDF
- Teilnehmer:** **Erwin Hetger**, Landespolizeipräsident,
Innenministerium BW
Prof. Dr. Günter Müller, Institut für Informatik und
Gesellschaft Freiburg
Peter Zimmermann, Landesbeauftragter
für den Datenschutz
Frank Eißmann, PHK, LKA Baden-Württemberg,
Inspektion 440
Josef Schneider, Landesvorsitzender der
Gewerkschaft der Polizei
- gegen 16.15 Uhr** **Schlusswort:** **Josef Schneider**, Landesvorsitzender der GdP

**Alle Polizeibeschäftigten sind herzlich eingeladen,
an dieser Tagung teilzunehmen.
Die GdP-Kreisgruppen geben Auskunft über Abfahrtszeiten
und Fahrtzusammenlegungen.**

REFORM

Reform des öffentlichen Dienstrechts in Baden-Württemberg, Anhörung der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg

Stuttgart. Am Montag, dem 16. April 2007, fand von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Landtag von Baden-Württemberg eine öffentliche Anhörung der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zur Reform des öffentlichen Dienstrechts statt. Die Veranstaltung war überschrieben mit: Flexibler – leistungsorientierter – motivierender.

Als einzige Gewerkschaft im Polizeibereich war die GdP zu der Anhörung geladen. Landesvorsitzender Josef Schneider nahm diese Gelegenheit wahr, den Landtagsabgeordneten der „Grünen“ und den Gästen die Sicht der GdP zu den Gestaltungsmöglichkeiten, die die Föderalismusreform für das Land Baden-Württemberg in den Fragen des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts seiner Beamten nun bietet, näher zu bringen.

Die Anhörung wurde vom rechtspolitischen Sprecher der Grünen, MdL Thomas Oelmayr, moderiert.

Nach Ansicht der Grünen bedarf der öffentliche Dienst der Modernisierung. Vorschriftenorientiertes Arbeiten, fehlende Leistungsanreize, Abhängigkeit des Einkommens von Alter und Familienstand anstatt der wahrgenommenen Funktion sind ebenso wie ein zweigeteiltes Dienstrecht nicht mehr zeitgemäß und führen zu Effizienzverlusten und Ungerechtigkeiten. Darüber hinaus drohen steigende Versorgungsausgaben den öffentlichen Haushalt zu sprengen.

Flexibilität

Durch größere Flexibilität des Dienstrechts soll die Verwaltung auf organisations- und personenspezifische Entwicklungen reagieren können.

Im Einzelnen geht es der grünen Partei um:

- eine leistungsgerechte Bezahlung,
- die Leistungsbewertung/-messung,

- das Laufbahnrecht,
- die Gestaltung des Grundgehalts und Zulagensystems,
- Beamtenstatus oder Angestelltenverhältnis,
- Stellenabbau,
- Pensionsaltersgrenzen,
- Versorgungsrücklagen,
- Beihilfe.

Der Fraktionsvorsitzende MdL Winfried Kretschmann nannte diese Reform in seinen Einführungsworten als das zentrale Projekt in dieser Legislaturperiode. Winfried Kretschmann hatte sich dafür eingesetzt, den Artikel 33/5 GG (das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln) zu streichen, da nach der Meinung der Grünen Artikel 33/4 GG durchaus ausreichen würde. Kretschmann sagte, dass sich der öD stark verändert habe. Der Umfang der Staatstätigkeit hat ständig zugenommen. Eine klare Aussage machte er dahingehend, dass es ohne eine gute Verwaltung keine gut funktionierende Demokratie geben würde. Das größte Problem seien die

Personal- und Versorgungsausgaben. Die Pensionslawine müsse gestoppt werden.

Bezahlungssysteme

Auch das Bezahlungssystem müsse neu geregelt werden. Nicht mehr das Alter und der Familienstand sollen maßgebend sein. Man will sich dem neuen Tarifrecht annähern.

Nicht mit allem einverstanden

Josef Schneider ließ in seiner Rede keinen Zweifel aufkommen, dass wir nicht mit allem einverstanden sind, was da jetzt angedacht wird.

Nachfolgend einige Auszüge aus dem Statement von Josef Schneider:

„Polizei ist wegen der besonderen (Vollzugs-)tätigkeiten anders zu sehen, als die übrige Beamtenschaft. Die laufen ja glücklicherweise auch nicht alle mit einer Pistole rum. Diesen Besonderheiten hat der Gesetzgeber in der Vergangenheit ja auch bereits durch die Einheitslaufbahn, die Polizeizulage und die Freie Heilfürsorge – um die wichtigsten Beispiele zu benennen – Rechnung getragen. Entweder müssen diese Besonderheiten weiter beibehalten werden oder man muss über eine ei-



Der Fraktionsvorsitzende der „Grünen“, Winfried Kretschmann, bei seiner Einführung.

gene Besoldungsordnung für die Polizei nachdenken. In dieser Frage ist die Gewerkschaft der Polizei bisher nicht festgelegt.

Schon immer leistungsorientiert

Die Beamtenbesoldung ist als Ausfluss der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums schon immer leistungsorientiert. Dienstposten und Beförderungsämter werden nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ vergeben (vgl. § 11 Abs. 1 LBG BW). Bereits durch die Dienstrechtsreform des Bundesgesetzgebers, die zum 1. Juli 1996 in Kraft getreten ist, wurden separate Leistungselemente in die Beamtensbesoldung rechtlich eingeführt. Die Mittel dafür wurden durch Veränderungen in der Gehaltstabelle A (u. a. Abschaffung der linear ansteigenden Dienstaltersstufen zugunsten von degressiv ansteigenden Leistungsstufen) zu Lasten der Beamtinnen und Beamten bereits „erwirtschaftet“.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

In Baden-Württemberg wurden diese Mittel aber zum größten Teil zur Sanierung des Landeshaushalts genutzt.

- Die GdP BW lehnt deshalb neue Leistungselemente in der Beamtenbesoldung ab. Wir lehnen die Leistungskomponenten auch deshalb ab, weil die Vergabepaxis kein transparentes Verfahren vorsieht und die Mitbestimmung der Personalvertretungen nicht vorgesehen ist. Nach unserer Ansicht eignen sich insbesondere die Tätigkeiten im operativen Polizeidienst nicht für eine besondere Leis-

sind nach Ansicht der GdP BW zwingend erforderlich. Eine Absenkung der Besoldung, auch zur Finanzierung von Leistungskomponenten, wird von der GdP BW abgelehnt.

- Die GdP BW bemängelt an den bisher bekannten Überlegungen der Landesregierung zu einer Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg, dass sich diese sehr stark am sog. „Eckpunktepapier“ des Beamtenbundes orientieren. Wir fordern eine Abkehr vom „Eckpunktepapier“ und die Neuausrichtung der Reform-Überlegungen auf der Grundlage des Entwurfs eines

Dies trifft für einen großen Teil der Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg bisher nicht zu. Die Bewilligung von Leistungsprämien ist kein „Kompensat“ für nicht ausreichende Bezahlung der Polizeibeamtinnen und -beamten.

- Gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften wehrt sich die GdP gegen die Heraufsetzung der Regelaltersgrenze für alle Beschäftigten und der damit einhergehenden Heraufsetzung der besonderen Altersgrenze für die Polizeibeamtinnen und -beamten.
- Die GdP BW erwartet im Zusammenhang mit der Reform des Beamtenrechts, dass der Grundsatz „Verhandeln statt Verordnen“ endlich umgesetzt wird. Das bedeutet für die GdP: ohne Einigung keine einseitige Umsetzung. Das bisher praktizierte Beteiligungsverfahren vermittelt nur eine scheinbare Einbindung der Gewerkschaften.

lanz für die Beamtinnen und Beamten herauskommen sollte, kann ich mir beim besten Willen nicht erschließen.

Jeder gegen jeden

Ich sehe vielmehr die große Gefahr, dass das „Innere Gefüge“, der Zusammenhalt, die Kameradschaft in unseren Dienststellen endgültig kaputtgemacht wird. An dieser Stelle möchte ich Herrn LPP i. R. Dr. Alfred Stümper zitieren, der mir vor kurzem zu diesem Thema geschrieben hat. „So lobenswert es ist, den Leistungsgedanken in unsere Personalstruktur und in das Besoldungssystem einzubringen, so gilt es jedoch stets daran zu denken, dass es noch etwas viel, viel Wichtigeres gibt, nämlich den inneren Frieden, den Zusammenhalt oder – wie wir Alten früher sagten – die Kameradschaft. Und ich habe die ganz große Sorge, dass noch so gut gemeinte Versuche, die Leistungsbereitschaft zu fördern, diesen inneren Zusammenhalt zu gefährden, die innere Harmonie auf Dauer zu stören, ja, vielleicht sogar mehr Misstrauen, Neid, Zwietracht in die Beamtenschaft hineinzutragen.“

Soweit einige Auszüge aus der Grundsatzposition der GdP Baden-Württemberg.

Fass ohne Boden

Dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten leistungsorientiert(er) erfolgen müsse, ist aus meiner Sicht ein Irrglaube. Einige Menschen haben in der Vergangenheit wohl nicht richtig aufgepasst. Sonst würden sie nicht immer noch von „Dienstaltersstufen“ reden. Die wurden bekanntlich bereits 1997 in „Leistungsstufen“ umgewandelt. Hat sich seither die Leistungsbereitschaft signifikant geändert? Ich glaube nicht, dass man das behaupten könnte. Auch „Leistungsprämien“ wären längst möglich, aber das dazu erforderliche und aus der Beamtenbesoldung bereits abgeschöpfte Finanzvolumen ist im Landeshaushalt bekanntlich längst versickert. In der Bilanz der Sparbeiträge der Beamtinnen und Beamten wird diese Einsparung in der Regel nicht mal mehr erwähnt. Warum in einer neuen Runde mit einer neuen Wortschöpfung „Erfahrungsstufen“ letztlich eine positive Bi-

Gehaltsverzicht

„Welchen Finanzierungsanteil an seiner Alterssicherung hat denn der Beamte schon erbracht?“, frage Frau Prof. Dr. Gisela Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer in die Runde. Die Beamten haben durch langjährigen Gehaltsverzicht schon Eigenanteile für ihre Alterssicherung geleistet. Klar ist natürlich, dass die Regierungen dieses eingesparte Geld nicht für die Pensionen der Beamten zurückgelegt haben.

Frau Prof. Dr. Färber führte aus, dass in den Jahren 1989 bis 2005 die Beamtenschaft weitgehend von der Gehaltsentwick-



Die Delegation der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg

tungsbezahlung. Wir bezweifeln auch, dass Leistungsprämien ein geeignetes Instrument zur Motivationssteigerung sind.

- Mit der besonderen Betonung einer mehr leistungsorientierten Besoldung wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, Beamte würden bisher nicht nach ihrer Leistung bezahlt. Bevor jedoch neue Leistungselemente geschaffen werden, sollte zunächst einmal Geld für die Belegung der schon vorhandenen Leistungselemente (Leistungsstufen, Leistungsprämien, Leistungszulagen) bereitgestellt werden. Sonderregelungen für die Polizei

Dienstrechtsneuordnungsgesetzes, der vom Bundesinnenminister entwickelt wurde.

- Nach Ansicht der GdP BW muss vor jeder Veränderung der Grundsätze der Beamtenbesoldung die Frage aufgeworfen und beantwortet werden, in welchen Tätigkeitsfeldern tatsächlich Beamte gebraucht werden. Für neu einzustellende Beamtinnen und Beamte ist unverzüglich ein Versorgungsfonds einzurichten.
- Mit einer Reform der Beamtenbesoldung muss erreicht werden, dass die Grundbezahlung am Anforderungsprofil der Polizeibeamtinnen und -beamten orientiert ist.

REFORM

lung abgekoppelt wurden. Allenfalls gab es den Inflationsausgleich.

In diesem Zeitraum, so Färber, haben die Beamten 33% weniger Gehaltserhöhung bekommen als es im gleichen Zeitraum in der freien Wirtschaft

gab. Sie gab die Empfehlung, dass man doch einmal ausrechnen sollte, was der Arbeitgeber in diesem Zeitraum gespart hat.

Wosch

POLIZEIBALL

Die Kreisgruppen der Polizeidirektion und der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung in Biberach führen am Samstag, dem 9. Juni 2007, in der Stadthalle Biberach ihren Polizeiball durch. Es wird wieder ein tolles Programm geboten. Das Motto des

Balles ist „Police goes to LAS VEGAS“. Alle Kolleginnen und Kollegen sind herzlich eingeladen. Beginn ist 20.00 Uhr, Einlass 19.00 Uhr. Karten für den Ball gibt es bei den Kreisgruppen.

GdP IM GESPRÄCH

GdP-Landesvorsitzender vor Ort



Innerhalb weniger Tage traf sich der GdP-Landesvorsitzende mit einigen PD-Leitern im Land, die neben ihrem Hauptamt wichtige Funktionen bzw. Aufgaben für die gesamte Polizei ausüben. In den Gesprächen

mit dem neuen Landesvorsitzenden des AK Polizei in der CDU, Herrn PD Freisleben, den Sprecher der PD-Leiter, Herrn Ltd. KD Amann, und dem Leiter der PD Offenburg, Herrn PD Renter, ging es um die zentralen



Themen der Polizei des Landes. Einvernehmen bestand in den grundsätzlichen Problemstellungen für die Polizei des Landes vor allem auch in der Frage, dass die Verwerfungen in der Altersstruktur der Polizei des Lan-

des dringend angegangen werden müssen. Der GdP-Landesvorsitzende warb in den Gesprächen für entsprechende Initiativen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

josch

Trauerfeier und Trauermarsch in Böblingen – 3000 Polizeibeamtinnen und -beamte nahmen Abschied von Polizeimeisterin Michéle Kiesewetter

Böblingen. Zu einem Trauermarsch und anschließendem Gedenkgottesdienst für die in Heilbronn getötete Polizeimeisterin Michéle Kiesewetter in der Evangelischen Stadtkirche Sankt Dionysius in Böblingen waren über 3000 Polizistinnen und Polizisten, Politiker aus Bundes- und Landtag, Vertreter der Justiz, der Kirchen und anderer Behörden zur 5. Bereitschaftspolizeiabteilung in die Wildermuthkaserne nach Böblingen gekommen.

Alle zeigten damit ihre Betroffenheit und Entsetzen über dieses Verbrechen, bei dem die erst 22-jährige Michéle Kiesewetter getötet und ihr Streifenpartner Polizeimeister Martin Arnold schwer verletzt wurde.

„Eine Tat voller Sinnlosigkeit, die mit beispielloser Brutalität am hellen Nachmittag ein Leben ausgelöscht hat“; sagte der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech in seiner Traueransprache.

Rech, der an der Spitze des Trauerzuges von der Wildermuthkaserne durch die Innenstadt von Böblingen zur Stadtkirche ging, sagte weiter: „Es

fällt uns schwer, das Geschehene zu begreifen.“

Unter den Trauergästen war auch unser Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, der mit Josef Schneider zusammen im Trauerzug ging.

Auch aus anderen Bundesländern waren Abordnungen nach Böblingen gekommen.



Trauerzug durch die Innenstadt von Böblingen

Die Einwohner von Böblingen und auch die Bürger von Heilbronn nahmen starken Anteil an dem Geschehenen und zeigten ihre Betroffenheit, indem sie Blumen und Kränze am

Tatort ablegten oder wie in Böblingen einzelne Blumensträuße auf die Fahrbahn legten, dort wo der Trauerzug vorbeikam.

Fortsetzung auf Seite 8



Der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg und Landesvorsitzender Josef Schneider nahmen an der Trauerfeier teil.



Alle passten nicht in die Kirche. Die Trauerfeier wurde auf den Marktplatz von Böblingen übertragen.

Urlaubsgeld von deiner



5 % Rückerstattung des Reisepreises bei allen Pauschalreisen die bei PSW-Reisen GbR gebucht werden. Nur für GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen.
Ruft an 0 70 42 / 87 92 23 - 224. Mitgliedschaft in der GdP zahlt sich aus !!!!

Spanien/Costa Blanca/Denia

Casa Vincentz – 3 Zimmer-Haus, 80 m² für max. 4 Personen
Komfortabel eingerichtetes Haus mit Sat-TV, CD,
Klimaanlage, offener Küche, großer gedeckter Terrasse
und kleinem privaten Garten.

Reisezeit 23.06. - 30.06.2007 Preis für die Wohnung/Woche

Preisknüller € 424.-



Ausgewählte Termine 01.07. - 31.08. 2007

Gran Canaria Playa del Inglés

Hotel RIU Papayas ****

1 Woche im Doppelzimmer, Halbpension ab

€ 479.-

Sie sparen bis zu € 220.-



Ungarn/Nordufer Plattensee

Gemütliches und einfaches 3-Zimmer-Reihenhaus 36 m²
für max. 4 Personen:

500 m zum Zentrum und 300 m zum Strand.

Zur Alleinbenutzung:

Garten mit eingezäunter Liegewiese, Aussendusche

Ideal für Familien

Reisezeit 14.07. - 21.07.2007

Preis für die Wohnung/Woche

€ 309.-



Mit der MSC Lirica **** + Städtereise im westlichen Mittelmeer ab/bis Genua

Frankreich-Spanien-Marokko-Italien

Pro Person bereits ab

€ 599.-

Individuell noch zu buchen:

Busan- und Abreise ab/bis vielen deutschen Städten nach/von Genua
inkl. Übernachtung/Frühstück auf der Hinreise

Pro Person ab € 165.-

oder eine Flugan- und Abreise ab/bis vielen deutschen Städten
nach/von Genua oder Mailand

Pro Person ab € 349.-



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de
info@psw-gbr.de

Fortsetzung von Seite 6

Nachfolgend noch ein paar Auszüge aus der Rede des Innenministers:

„Michéle Kiesewetter hatte ihr Leben noch vor sich. Sie wurde 22 Jahre alt. Am vergangenen Mittwoch ist sie im Dienst – im Dienst für uns Menschen, für unsere Sicherheit – ermordet worden. Die unfassbare Tat geschah am hellen Nachmittag in Heilbronn bei einem Routineauftrag.

Noch wissen wir nicht, wer ihr junges Leben so skrupellos und kaltblütig beendet hat. Eine Tat voller Sinnlosigkeit, die mit beispielloser Brutalität ein Leben ausgelöscht und der Mutter die Tochter, der Schwester die Schwester entrissen hat – und uns allen einen lieben Menschen. Deshalb gilt in dieser bitteren Stunde unsere Anteilnahme vor allem Ihnen, sehr verehrte Frau Kiesewetter, und allen Angehörigen.

Wir sind erschüttert, betroffen und fassungslos. Wir fühlen uns hilflos, sprachlos und gelähmt vor Entsetzen. Wir sind ohnmächtig vor Wut. Es fehlen die Worte angesichts der Kaltblütigkeit, mit der Michéle Kiesewetter ermordet wurde.

Bei allem Schmerz und Trauer um Michéle Kiesewetter sind unsere Gedanken in diesen Stunden auch bei unserem Kollegen, Polizeimeister Martin Arnold. Auch er wurde brutal niedergeschossen und kämpft um sein Leben. Wir wollen darum bitten und beten, dass er bei uns bleibt und wieder vollständig gesund wird. Unsere Gedanken sind daher auch bei seiner Familie.

Unrecht und Gewalt wird es leider auch künftig immer geben. Dies ist eine bittere Erkenntnis.

Zu dieser Erkenntnis gehört auch, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte in den vergangenen Jahren in einem erschreckenden Maß zugenommen hat.

Und uns wird bewusst, welche Anforderungen dieser Beruf an unsere Polizeibeamtinnen und -beamten stellt. Sie sind bereit, sich mit ihrer ganzen Kraft für



An der Spitze des Zuges der Innenminister von Baden-Württemberg, rechts daneben Landespolizeipräsident Erwin Hetger und der Inspekteur der Polizei Dieter Schneider.

unsere Sicherheit und unser Recht einzusetzen.

Michéle Kiesewetter hat diesen Dienst für die Sicherheit von uns allen mit ihrem Leben bezahlt. Sie trug eine Schutzweste, ebenso wie ihr Kollege. Aber beiden wurde keine Chance eingeräumt, ihr Leben zu verteidigen.

Michéle Kiesewetter wusste, als sie sich für den Polizeiberuf entschied, dass sie besonderen Gefahren ausgesetzt sein würde.

Aber sie wusste auch: Wir alle sind darauf angewiesen, dass Menschen anderen Menschen in Not helfen – sei es bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder den Rettungsdiensten.

Daher haben wir vor Menschen wie Michéle Kiesewetter nicht nur größten Respekt, wir sind ihnen auch zu größtem Dank verpflichtet.

Jede Beamtin, jeder Beamte weiß:

An der Stelle von Michéle Kiesewetter hätte auch ich stehen können.

Und die Menschen wissen:

Michéle Kiesewetter ist für uns alle, für unser Recht und für unsere Sicherheit gestorben.

Wir können Ihnen versichern: Wir werden Michéle Kiesewetter nicht vergessen. Wir schulden ihr unseren aufrichtigsten Dank, unseren Respekt und unser Gedenken.

Wir dürfen ihren Tod nicht nur als Schicksalsschlag hinnehmen. Ihr Tod ist Verpflichtung – Verpflichtung, aktiv für das

Recht einzutreten und alles daranzusetzen, dass Gewalt und Unrecht sich nicht breitmachen.“

wosch

NACHRUF



Antonio Beckert

Ein Freund hat uns verlassen.
Wir trauern um Antonio Beckert.

Am 4. Mai 2007 erreichte uns die Nachricht, dass der langjährige stellv. BPR-Vorsitzende von Nordwürttemberg, Antonio Beckert, im Alter von 57 Jahren an seiner schweren Krankheit verstorben ist.

Antonio Beckert war seit 1989 Mitglied des örtlichen Personalrats der ehemaligen LPD Stuttgart I. Im Mai 1997 wurde er in den BPR beim Reg.-Präs. Stuttgart gewählt und war stellv. BPR-Vorsitzender bis Ende 2005.

In die GdP trat er 1982 ein und war im Kreisgruppenvorstand der KG LPD Stuttgart (I) ab 1984 als Beisitzer und ab 1998 als stellv. Vorsitzender tätig.

Antonio Beckert hat uns viel gegeben, wir werden ihn nicht vergessen.

wosch